

## INHALT

1. SPD, Grüne und SSW haben im Bildungsausschuss Schulgesetzpläne abgenickt
2. Streit zwischen SPD und Grünen droht Netzausbau in Ostholstein zu verzögern
3. Hoffnung für die Kommunen
4. Keine Zwangsmitgliedschaft für Pflegekräfte
5. CDU fordert Aus der Regierungspläne für landeseigenes Bergbauamt

10.01.2014

### **SPD, Grüne und SSW haben im Bildungsausschuss Schulgesetzpläne abgenickt Gymnasien müssen künftig alle Schüler aufnehmen**

„SPD, Grüne und SSW haben in der Anhörung wirklich jeden Hinweis übergangen, der nicht zu ihrem Koalitionsvertrag passte. Diese Ignoranz gegenüber der Schulwirklichkeit wird nicht nur zu deutlich mehr Unterrichtsausfall führen. Das Schulgesetz ist ein Konjunkturprogramm für private Nachhilfeinstitute“.

Mit diesen Worten reagierte CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen auf die Beschlussfassung der Regierungsfractionen im Bildungsausschuss in dieser Woche. SPD, Grüne und SSW, hatten mit ihrer Einstimmenmehrheit den umstrittenen Entwurf dem Landtag zugeleitet. Eine Verabschiedung in der kommenden Landtagssitzung gilt damit als sicher. Anschließend kündigten sie in einer Pressemitteilung an, dass „der Bildungsdialog“ weitergehe.

Das rot/grün/blau Schulgesetz sieht unter anderem vor, dass es künftig keine Schulartempfehlungen gibt. Die Eltern entscheiden selbst, welche Schulart ihr Kind besucht. Sollten sie es auf das Gymnasium schicken, muss es dort laut einer weiteren Gesetzesänderung so gefördert werden, dass eine Versetzung in Klasse sieben „zum Regelfall“ wird.

Franzen: „Was das bedeutet, ist klar: Das ist das Ende der Gymnasien durch die Hintertür. Die Landesregierung macht auch die Gymnasien zu Gemeinschaftsschulen, ohne ihnen jedoch die dafür nötigen Differenzierungsstunden zu geben.“

Auch die Streichung des Bildungs- und Erziehungsauftrages der Schulen bleibt Bestandteil des Gesetzes.

Zu Beginn der Woche hatte die CDU-Landtagsfraktion einen Gegenentwurf zum rot/grün/blauen Schulgesetz vorgestellt. „SPD, Grüne und SSW schalten die Schulen auf Gleichmacherei, die CDU steht für Leistungsorientierung“, stellte CDU-Fraktionschef Johannes

Callen die Unterschiede heraus.

Nachstehend der Link zum (abgelehnten Entwurf) des Schulgesetzes der CDU-Fraktion:  
<http://www.cdu.ltsh.de/media/AenderungsantragBA9-01-2014.pdf>

---

## **Streit zwischen SPD und Grünen droht Netzausbau in Ostholstein zu verzögern Bundesnetzagentur stimmt Ausbau zu, SPD fordert Neuprüfung**



Hartmut Hamerich, MdB

In dieser Woche hat die Bundesnetzagentur den von den Netzbetreibern gemeldeten Ausbaubedarf für die Region Ostholstein bestätigt. Vorgesehen ist, über eine neue 380 kV-Trasse von einem Einspeisepunkt im Raum Göhl die wachsenden Strommengen zum bestehenden Anschlussknoten im Raum Lübeck zu transportieren.

„Das bringt die Energiewende weiter voran. Dieses Kabel ist dringend notwendig. Nur wenn der Windkraftstrom abtransportiert wird, kann er Strom aus Atom und Kohle ersetzen“, erklärte dazu der energiepolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Jens-Christian Magnussen.

Die Notwendigkeit der Leitung war gerade bei Grünen und SPD lange umstritten und wiederholt überprüft worden. Während nun auch Umweltminister Robert Habeck die Entscheidung begrüßte, kam von der SPD prompt Gegenwind. Deren energiepolitischer Sprecher, Olaf Schulze, forderte postwendend eine erneute Prüfung der Notwendigkeit.

Magnussen warf der SPD daraufhin vor, die Energiewende zu gefährden. „Aufgabe einer regierungstragenden Partei wäre es, den Menschen die Notwendigkeit des ungeliebten Netzausbaus zu vermitteln. Stattdessen fällt die Nord-SPD dem Energiewendeminister voll in den Rücken. Genauso gut hätte Schulze die Menschen zu einer Sammelklage gegen den Netzausbau aufrufen können“.

Der ostholsteinische Abgeordnete Hartmut Hamerich betonte die durch den Netzausbau eröffneten Chancen für die Menschen im Kreis. „Die Leitung ist gut für Ostholstein. Wir werden die Planung konstruktiv begleiten und insbesondere darauf achten, dass eine transparente Bürgerbeteiligung stattfindet. Ziel muss es sein, ein für die Menschen tragfähiges Ergebnis zu finden. Durch die heutige Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion wird das leider schwieriger. Aber dieses Verhalten der Genossen kennen die Ostholsteiner ja bereits von der Fehmarnbeltquerung“, so Hamerich.

---

## Hoffnung für die Kommunen

### Kabinett verschiebt Beschluss zur FAG-Reform

Die Landesregierung hat die Pläne von Innenminister Breitner, die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen neu zu ordnen, erst einmal von der Kabinetttagesordnung genommen. Dies bestätigte ein Pressesprecher auf Medienanfrage Mitte dieser Woche. Das Kabinett werde sich nicht – wie ursprünglich vorgesehen – noch im Januar mit dem Entwurf des Innenministers zur Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichgesetzes befassen, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt.

„Das gibt Hoffnung für die Kreise! Ich fordere Innenminister Breitner erneut auf, diese Reform zurückzunehmen. Wir brauchen eine vernünftige Grundlage und keinen Flickenteppich. Angesichts der dilettantischen Vorgehensweise darf sich Breitner nicht wundern, dass ihm sein Entwurf um die Ohren fliegt“, bewertete die innenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Petra Nicolaisen, die Verschiebung.

Bereits ein Zeitungsinterview mit Ministerpräsident Torsten Albig vom Heiligabend hatte erste Spekulationen über eine mögliche Verschiebung im Zeitplan ausgelöst. Darin hatte Albig seinen Innenminister nicht nur öffentlich aufgefordert, die Reform besser zu erklären, sondern auch mögliche Nacharbeiten am Gesetzentwurf angekündigt.

Der aktuelle Gesetzentwurf von Innenminister Breitner sieht unter anderem eine Umverteilung der kommunalen Finanzmittel des Landes zulasten der Kreise vor.



Petra Nicolaisen, MdL

---

## Keine Zwangsmitgliedschaft für Pflegekräfte

### CDU-Fraktion stellt Antrag auf Stopp der Regierungspläne

Die umstrittene Pflegekammer wird auf Initiative der CDU-Fraktion Thema der kommenden Landtagssitzung. Mit einem entsprechenden Antrag fordert die CDU die Landesregierung auf, Abstand von der geplanten Zwangsmitgliedschaft für Pflegekräfte in der neuen Kammer zu nehmen.

Seit Bekanntwerden der Regierungspläne vor einem Jahr laufen viele Pflegekräfte, Verbände und Gewerkschaften Sturm gegen die Pflegekammer, in der – so sehen es SPD, GRÜNE und

SSW vor – nicht nur jede Pflegekraft Mitglied werden, sondern auch monatliche Pflichtbeiträge entrichten muss.

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Katja Rathje-Hoffmann, wies erneut darauf hin, dass es innerhalb der Pflege keine Mehrheit für die Pläne der Landesregierung gebe. Das Ergebnis einer durchgeführten Umfrage zeige nur auf dem Papier eine äußerst knappe Mehrheit für eine Kammer. So seien Pflegekräfte in der Altenpflege beispielsweise nur unzureichend befragt worden, obwohl ihre Zustimmung für eine Kammer gegenüber Pflegekräften in der Krankenpflege weitaus geringer ausfalle. Ebenfalls unterstrich die Abgeordnete, dass 17 der 51 Prozent aller Befragten angegeben haben, eine Pflegekammer nur zu befürworten, wenn keine Pflichtbeiträge erhoben würden.

„Es ist nicht hinnehmbar, dass SPD, Grüne und SPD eine Berufsgruppe mit geringem Durchschnittseinkommen zur Kasse bitten wollen, um eine Pflegekammer zu finanzieren, deren Nutzen selbst sehr umstritten ist. Dieser Irrsinn muss gestoppt werden“, so Rathje-Hoffmann. Statt über die Köpfe der Pflegekräfte hinweg eine unbeliebte Zwangsinstitution zu schaffen, sollten SPD, GRÜNE und SSW nach Lösungen suchen, wie die Situation für Pflegekräfte tatsächlich verbessert werden kann.



Katja Rathje-Hoffmann, MdL

---

### **CDU fordert Aus der Regierungspläne für landeseigenes Bergbauamt Habeck prüft Einrichtung zusätzlicher Behörde**

Die CDU-Fraktion des Schleswig-Holsteinischen Landtages kündigte in dieser Woche einen Antrag für die kommende Landtagssitzung an, mit dem der Plan der Landesregierung für ein landeseigenes Bergbauamt gestoppt werden sollen. Angestoßen wurde dieses Thema durch eine Kleine Anfrage des energiepolitischen Sprechers der CDU-Fraktion, Jens-Christian Magnussen. Sie machte Habecks Pläne öffentlich.

„Schleswig-Holstein braucht ein eigenes Bergbauamt so dringend wie Bayern Seenotrettungskreuzer“, begründete der umweltpolitische Sprecher, Heiner Rickers, den Antrag.

Schleswig-Holstein wird, wie auch Bremen und Hamburg, durch das niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) mitverwaltet. Dafür zahlt Schleswig-Holstein jährlich 440 000 Euro. Die gemeinsame Behörde soll Kosten sparen und Doppelungen vermeiden.

Das LBEG ist beispielsweise für die Vergabe von Lizenzen zuständig. Letztes Jahr wurden Lizenzen in Schleswig-Holstein, unter anderem für die Erdölsuche in Kiel vergeben. Auch für das kontrovers diskutierte Thema Fracking ist diese Behörde zuständig.

„Hinter Habecks Plänen steckt der offene Vorwurf, das gemeinsame Bergbauamt würde gegen die Interessen der Menschen in Schleswig-Holstein arbeiten. Auch eine schleswig-holsteinische Behörde wäre an geltendes Bundesrecht und Gesetz gebunden. Der einzige Effekt wären höhere Kosten. Die können wir uns sparen“, erklärte Rickers.

Link zur Kleinen Anfrage:

<http://www.landtag.ltsh.de/ltsh/app/infothek?execution=e1s5&user=guest>



Heiner Rickers, MdL

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)